

Rainer Klien

Oktober 2010

Situation und Abschiebung von Roma- Flüchtlingen aus dem Burgenland

Gnadenlose Abschiebungen

Die Betroffenheit weiter Teile der Bevölkerung ist groß über die gnadenlose Abschiebung von bestens integrierten Asylwerbern in ihr Herkunftsland, das nicht mehr ihre Heimat ist, weil sie gehofft haben in Österreich eine neue Heimat gefunden zu haben. Unbarmherzig werden auch im Burgenland auf Anweisung der Innenministerin Familien zerstört, Kinder und Jugendliche aus ihrer Ausbildung herausgerissen und in ein Land deportiert, in dem eine Sprache gesprochen wird, die die Kinder meist gar nicht verstehen, weil sie in Österreich aufgewachsen sind und keinerlei Beziehungen zu diesem Staat haben, aus dem ihre Eltern einst geflohen sind.

Ebenso schockiert zeigt sich ein Großteil der Gesellschaft über die Massenabschiebungen von Roma von einem EU-Staat in einen anderen EU-Staat. Derzeit von Frankreich nach Rumänien. Vor 2 Jahren organisierte Italien die gleiche EU-Rechtsverletzung in großem Umfang (Roma aus Rumänien wurden zurück geschickt).

Man fragt sich, wie so etwas heute – schon wieder? – möglich ist.

Wie kann dies im heutigen Europa sowohl in politischer, moralischer und EU-rechtmäßiger Hinsicht beinahe widerstandslos passieren.

Wo bleiben die versprochenen EU-Werte, wo sind die humanistischen Mindeststandards geblieben?

Dazu muss man/frau sich folgende Grundprinzipien in Erinnerung rufen:

1. Es gibt ein Menschenrecht auf **ASYL**: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“
Art. 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (verkündet am 10. Dez. 1948 von den Vereinten Nationen)
2. Es gibt das Prinzip der Freizügigkeit: „Die Unionsbürger haben das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.“ Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 45: Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit.

Asyl und Freizügigkeit

Beide – Menschenrecht auf Asyl und Grundrecht für Freizügigkeit – werden in der Realität im Allgemeinen für die Bevölkerungsgruppe der Roma nicht

eingehalten. Meist mit der Begründung, dass für die „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ ein Hierbleiben der Roma nicht möglich sei. Damit werden die Angehörigen der Volksgruppe der Roma zudem noch kriminalisiert. So wird es in den mir vorliegenden Abschiebe- bzw. Ausweisungspapieren meist formuliert. Die tatsächlichen Fluchtgründe der Roma, ihre individuellen Hintergründe für die Flucht werden in der Regel im Asylverfahren nicht gewürdigt. Sie werden nicht ernst genommen, obwohl bereits ein Blinder sehen kann, in welch katastrophalen Umständen eine Vielzahl von Roma in ihrem Herkunftsland überleben muss.

Dies trifft sowohl für die EU-Mitgliedsstaaten als auch Nicht-EU-Staaten zu. Neben der Diskriminierung im Gesundheits-, Sozial-, Beschäftigungswesen nimmt der blanke Rassismus zu, bis hin zu gezielten Morden von Angehörigen der Volksgruppe der Roma.

Roma flüchten aus vielen Staaten, weil sie dort im Elend leben, aus ihren Wohnungen vertrieben werden oder einfach weil sie um ihr Leben fürchten müssen. Doch arme Menschen sind in Österreich nicht willkommen.

Zur Begrüßung wird eingesperrt

In dieser ohnehin schon schlimmen Situation verlangt nun die Frau Innenministerin Fekter eine Anwesenheitspflicht – sprich Internierung – von Asylwerbern im Asylaufnahmeverfahren. „Um zu gewährleisten, dass aus der Asyl-Grundversorgung nicht ein vorübergehendes Taschengeld für Roma aus Südosteuropäischen Staaten wird“ (Fekter August 2010).

Sie will damit - durch das Einsperren – Roma davon abhalten, nach Österreich zu kommen. Es soll den Roma-Flüchtlingen signalisiert werden, dass ihr Aufenthalt in Österreich möglichst unangenehm wird.

Dieses Vorhaben der Frau Innenministerin ist nicht nur rassistisch sondern auch nicht menschenrechtskonform. Aber es gelingt ihr damit, Roma als Feindbilder zu instrumentalisieren. Sie dienen der Hetze gegen Asylwerber/innen im Allgemeinen und im Speziellen der Hetze gegen ein Volk, das gerade hier in Österreich schon einmal beinahe ganz ausgerottet wurde.

Noch zurechnungsfähig?

Man stellt sich beinahe automatisch die Frage ob Personen wie Fekter und Co. noch zurechnungsfähig sind.

Soll sich die Geschichte wiederholen?

Was ist los mit der EU? Was ist mit dem vielgepriesenen Wertekatalog der EU, den man gerne bei anderen Staaten einfordert, aber bei sich selbst nicht für notwendig erachtet?

Hier stempeln schon wieder zahlreiche EU-Politiker (Sarkozy, Berlusconi, etc.) ein ganzes Volk zu Sündenböcken, um von der eigenen Politik des Sozialabbaus abzulenken.

Gerade für die Roma ist dies besonders grausam und tragisch, weil sie sich von der EU sehr viel erwartet haben. Das betrifft sowohl die Roma der EU-Staaten als auch Nicht-EU-Staaten.

Ich kann mich an zahlreiche Konferenzen in vielen Reformstaaten – also auch unsere Nachbarstaaten – erinnern, bei denen Roma-Vereine unter dem Titel (oder ähnlichen) wie „Roma für Europa – Europa für Roma“ für einen Beitritt ihres jeweiligen Landes zur EU mobilisiert haben.

Ein EU-Beitritt wurde mit großer Euphorie herbei geseht, weil sie in der EU tatsächlich ein Projekt des Friedens, der Demokratie und des vorurteilsfreien Zusammenlebens gesehen haben.

Roma als Opfer der Wende

Das geschah im Bewusstsein, dass sie als Roma die eigentlichen Verlierer der sogenannten „Wende“ ab dem Jahr 1989 waren. Sie waren die ersten Opfer des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft und vor allem des Beschäftigungssystems. Sie wurden massenhaft arbeitslos (je nach Region beträgt die Arbeitslosigkeit zwischen 50 % und 100 %), sie verloren ihre Wohnungen bzw. wurden aus ihren rechtmäßig im Besitz befindlichen Häusern vertrieben und sie hatten im Bereich der schulischen Ausbildung, im Betrieb, der medizinischen Versorgung und im Sozialbereich mit schier unglaublichen Vorurteilen zu kämpfen. (z.B: Einweisung in Sonderschulen, erzwungene Sterilisation, Terror der Mehrheitsbevölkerung etc.).

In diesen Konferenzen präsentierten sie auch den EU-Vertretern, wie die EU von den Roma in den „neuen“ Mitgliedsstaaten profitieren wird können: so z.B von ihrer Mobilität, von ihren spezifischen handwerklichen Fähigkeiten, von ihrer kulturellen Vielfalt und von ihrer Lebensfreude im Allgemeinen. Also alles Qualifikationen, die voll dem Wertekatalog der EU entsprechen und auf die die EU sonst zu Recht sehr stolz ist.

Gekommen ist es dann ganz anders:

Nach den leeren Sprüchen über „Social inclusion“, „Dekade der Roma“, „Europäische Beschäftigungsstrategie“ etc. waren die Reformstaaten vor allem mit der neoliberalen Transformation beschäftigt.

EU kann / will Roma nicht schützen

Die EU hat es bis heute nicht geschafft, die Roma gegen rassistische Angriffe zu schützen und sie aus ihrem sozialen Elend zu befreien. Man fragt sich, ist das „nur“ Schlamperei oder bewusst organisierte Unzuständigkeit? Denn es gibt ein riesiges internationales Regelwerk der EU gegen den Rassismus, ein sogenannter Helsinkiprozess, OSZE gegen Verletzung der Menschenrechte usw.

Aber es wirkt alles bewusst oder unbewusst sehr zahnlos: seit Jahrzehnten!

Wenn es allerdings in der EU um den Schutz der Banken geht, werden innerhalb einer (!) Woche 800 Mrd. Euro locker gemacht, um die Banken zu retten. Das hat augenscheinlich höhere Priorität als der Schutz der Roma. Die von der EU geforderte Mobilität ist plötzlich nicht mehr gefragt, wenn es Roma sind, die mobil sind und in ganz Europa unterwegs sind.

Rettung der Banken wichtiger

Bei dieser Gelegenheit höre ich oft den Einwand, dass ja auch für die Roma innerhalb und außerhalb der EU genügend Förderungsmittel bereit gestellt werden, diese aber nicht von den Roma „abgeholt“ würden (also in Anspruch genommen würden). Ja, es hat seine Gründe, dass die Förderungen nicht in Anspruch genommen werden. Denn die Förderungen werden von nationalen Behörden (z.B. Arbeitsmarktverwaltung, Regionale Entwicklungsbehörden etc) vergeben, die erstens oft sehr bürokratisch arbeiten und zweitens auch nicht immer vorurteilsfrei handeln. Oft fehlt auch einfach der Wille nachhaltige Projekte umzusetzen. Die Ausschreibungskriterien sind oft dermaßen kompliziert und eher auf die Bedürfnisse von „Westlichen“ Beratungsfirmen maßgeschneidert, als dass sie tatsächlich auf die realen Bedürfnisse der Romabevölkerung eingehen könnten und damit nachhaltigen Erfolg erzielen können. Oft werden vorgefertigte Ideen/Projekte einfach kopiert und den Roma aufgezwungen, ohne die Lebenswirklichkeit der Roma und die damit verbundenen anderen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Das sind alles keine guten Voraussetzungen für den Erfolg. Andererseits fehlen bei den Roma

oft auch entsprechende Ansprechpartner und Strukturen um ein Projekt erfolgreich umzusetzen. Schnelle Erfolge sind in dieser Situation naturgemäß nicht möglich.

Vor diesem Hintergrund – sehr schlechte Lebensverhältnisse, keine Arbeit, politische und gesellschaftliche Diskriminierung im Herkunftsland, fehlende soziale und ökonomische Auffangnetze – werden Abschiebungen von Roma-Flüchtlingen in ihr Herkunftsland durchgeführt. Die Abschiebungen werden vor allem in den Kosovo und Serbien durchgeführt.

Auch in Österreich zurück nach Rumänien

Die Bezirkshauptmannschaft Oberwart wollte diesen Sommer (2010) es dem französischen Präsident Herrn Nicolas Sarkozy nachmachen und ebenfalls eine rumänische Romni abschieben. Das obwohl die Frau in einer Partnerschaft mit einem österreichischen Mann lebt, der einen Arbeitsplatz und eine Wohnung hat. Mit Mühe und Not konnten wir die geplante Abschiebung verhindern. Die Verhandlungen waren laut und haben gestrotzt von rassistischen Äußerungen der Beamtin gegenüber der Rumänin.

Kosovo: zwischen allen Stühlen

Die Abschiebungen in den Kosovo erfolgen jedes Mal nach dem gleichen Muster – (Textbausteine): Im Kosovo herrscht jetzt Friede, daher gibt es keine Verfolgung mehr und damit gibt es für die Behörden auch keinen Grund für ein weiteres Bleiben in Österreich.

Weil immer gleich die ganze Familie abgeschoben wird, sehen die österr. Behörden darin auch keine Verletzung des Menschenrechts auf Familie.

Das Menschenrecht auf Privat- und Familienleben gemäß Art. 8 EMRK schützt das Familienleben und muss bei jeder Abschiebung berücksichtigt bzw. geprüft werden. Nun stellt für Bürger mit normalem Hausverstand eine Deportation natürlich einen Eingriff in das Privat- und Familienleben dar. Weil aber gleich die ganze Familie abgeschoben wird, sehen die österr. Behörden (Bundesasylamt, Asylgerichtshof, Sicherheitsdirektion) darin keine Verletzung des Menschenrechts auf Privat- und Familienleben von in Österreich bestens integrierten und hier verwurzelten Asylwerber/innen.

Dass die Roma (im Kosovo auch Aschkali, Goraner, Ägypter) es als ethnische Gruppierung dort besonders schwer haben interessiert die Behörden nicht. Die Roma sitzen im Kosovo komplett zwischen allen Stühlen und sind zu den Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo nicht einmal eingeladen worden. Das vor dem Hintergrund, dass im Kosovo die größte humanitäre Katastrophe für Roma nach dem 2. Weltkrieg stattfand. Auch jetzt ist der Kosovo in jeder Hinsicht in einem Ausnahmezustand. Niemand kann dort für das Überleben der Roma garantieren. Von der sozialen und medizinischen Versorgung ganz abgesehen. Das betrifft vor allem die extrem traumatisierten Flüchtlinge, die zurück zum Ort des Grauens deportiert werden.

Anfang Oktober 2010 musste eine Familie zurück in den Kosovo („freiwillig“) deren Vater 3 Massaker überlebt hat, bei denen praktisch die ganze Familie/Verwandtschaft ermordet wurde.

Die Unterstützung, die ein Rückkehrer in den Kosovo erhält, beläuft sich auf € 38,-- pro Monat. Damit ist alles abgedeckt. Die Millionen Euro, die die EU in den Kosovo gesteckt hat, kommen den Roma jedenfalls nicht zugute. Ich frage mich, wem überhaupt dieses Geld zugute kommt.

Obwohl UNHCR, die UN-Kommissarin für Menschenrechte und Amnesty-international gewarnt haben, Asylwerber in den Kosovo abzuschieben, tut dies die österreichische Regierung nach wie vor, am laufenden Band. (Auch Deutschland und die Schweiz).

Serbien: Obdachlos, hungrig, rechtlos

Exemplarisch ist auch der Bescheid des Bundesasylamts (in Traiskirchen) gegen einen serbischen Roma, dem das Recht auf Asyl verweigert wurde, nachdem er im Jahr 2010 nach Österreich flüchtete. Seine Unterkunft wurde zerstört und er war gezwungen in mehreren Roma-Ghettos Unterschlupf zu suchen, die reihenweise ebenfalls niedergewalzt wurden. Ebenso erging es seinen Verwandten. Sie wurden überall vertrieben. Sie wurden von der Polizei geschlagen und verjagt. Ohne Meldezettel kann man auch keine Sozialhilfe erhalten. Aussichtslos und hungrig entschloss er sich zur Flucht nach Österreich. Hier wurde ihm kein Asyl gewährt.

Man fragt sich welches Problem mit der Abschiebung gelöst werden soll? Vor allem wenn es sich um langzeitintegrierte Asylwerber handelt. Sie verlieren hier ihre neue Heimat und sind in ihrer alten Heimat gleich doppelt entwurzelt.

Zurückgeschobene Asylwerber sind in ihrem Herkunftsland in der Regel nicht willkommen. Dieser Umstand ist natürlich keine gute Voraussetzung bzw. Ausgangslage für ihre weitere soziale und berufliche Integration.

Gerade bei Roma nützt oft auch die beste berufliche Qualifikation nichts bei der Jobsuche, weil die Vorurteile der Dienstgeber bzw. Betriebsräte gegenüber Roma eine Einstellung vereiteln.

Weil sie in ihrer „Heimat“ keine Perspektiven haben gehen die meisten Roma nach einem Abschiebebescheid nicht in ihr Herkunftsland zurück, sondern reisen in ein anderes Land weiter (z.B. Schweiz, Frankreich etc.). Damit kommen innereuropäische Fluchtbewegungen erst in Schwung. Das ist das Ergebnis dieser Politik der Abschiebungen.

Auch armenischen Roma droht derzeit die Abschiebung aus dem Burgenland nach Armenien. Auch diese Familie ist bestens integriert. Die Tochter ist Klassensprecherin in einem mehrsprachigen Gymnasium. Der Antrag auf Niederlassung („humanitäres Bleiberecht“) liegt seit 16 Monaten (!) unbearbeitet bei der BH-Oberwart. Die Familie ist seit ca. 7 Jahren in Österreich. In Armenien wurde ihnen der Besitz weggenommen und anschließend wurden sie vertrieben.

Bei diesem Asylwerber kam eine weitere fremdenpolizeiliche Spezialität zum Tragen, die seit Jänner 2010 angewendet wird.

Obwohl er um Bleiberecht angesucht hat, der Akt auf der BH Oberwart liegt, hat ihn die BH-Oberwart gestraft, weil er sich „unrechtmäßig“ in Österreich aufhält. Also während dem aufrechten Verfahren. Die Mindeststrafe dieser Verwaltungsübertretung beläuft sich auf € 1.000,--. Im Wiederholungsfall bis zu € 15.000,--.

Abschiebung trotz Einstellungszusagen

Alle abgeschobenen Roma hatten Einstellungszusagen von Firmen, die sie sofort beschäftigt hätten, wenn sie einen Aufenthaltstitel gehabt hätten. Durch das negative Asylverfahren verlieren sie jedoch den Aufenthaltstitel und das AMS darf ihnen keine Beschäftigungsbewilligung erteilen. So wird von Gesetz her eine Situation konstruiert, bei der abgelehnte Asylwerber nicht arbeiten dürfen (trotz bester Integration) und daher sich selbst auch nicht erhalten können. Die Selbsterhaltungsfähigkeit ist jedoch Voraussetzung für die Erteilung eines „Bleiberechts“. Damit beißt sich die Katze in den Schwanz und die Frau Polizeiministerin Fekter lässt abschieben: „Freiwillig“ oder mit Waffengewalt.

Wenn AsylwerberInnen gewaltsam abgeschoben werden (Polizeieinsatz, Schubhaft) bzw. im Rahmen der „freiwilligen“ Rückkehr öffentliche Gelder in Anspruch nehmen, werden sie dafür mit einem mindestens 1-jährigem Einreiseverbot belohnt.

So schließt sich der Kreis: Von der Diskreditierung der „Roma aus südosteuropäischen Staaten“, die sich in Österreich ein Taschengeld holen wollen (Fekter) bis hin zur Abschiebung aus Österreich, weil sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, weil sie nicht selbsterhaltungsfähig sind. So jedenfalls sieht es die burgenländische Sicherheitsdirektion in ihrer Begründung für die Abschiebung.

Produktion von Feindbildern

Stimmung gegen die Asylwerber wird auch von Herrn Lhptm. Niessl persönlich gemacht, indem er im Wahlkampf 2010 betont hat, dass „nicht alle Asylwerber kriminell sind“.

Womit er wohl gemeint hat, dass bis auf ein paar Ausnahmen alle kriminell sind.

Einer ähnlichen Stimmungsmache dienen nächtliche Polizeieinsätze (SOKO-Grundversorgung?) in den Unterkünften der Asylwerber/innen. Dabei kommen zahlreiche bewaffnete Beamte in die Unterkunft und verbreiten Terror. Sie suchen nichts Konkretes, sie überprüfen nichts Konkretes, sie verbreiten nur Angst und Schrecken bei den Asylwerber/innen.

So werden Feindbilder konstruiert. Das wohl mit der Absicht, dass es für die Politiker vordergründig besser ist, wenn sich die Wähler/innen gegen Fremde oder spezifische Volksgruppen wie eben die Roma aufregen, anstatt gegen die eigene selbst zu verantwortende Politik.

Rassismus war immer schon eine geeignete Strategie, um von den wahren Ursachen der katastrophalen Politik des Sozialabbaus abzulenken.

So werden die Roma – Ausländer, Asylwerber etc. – Sündenböcke sind austauschbar – wieder Zielscheiben für Hassprojektionen und Verachtung jener Bevölkerungsschichten, die selbst arbeitslos sind oder Angst vor einem sozialen Absturz haben. Ich kenne diesen Mechanismus vom bgl. Wahlkampf 2010: Unsere Arbeitsplätze für Burgenländer; In den 30er Jahren hat es geheißen „Die Wiener Bauarbeitsplätze den Wiener Bauarbeitern“ (gemeint war: gegen die bgl. Konkurrenz).

Diese Art von Rassismus ist nicht eine Randerscheinung: sie ist auch mitten im Zentrum der Großparteien anzutreffen. Die menschenfeindlichen Fremden- und Asylgesetze wurden bekanntlich von den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP beschlossen. Das führt längerfristig zur Vergiftung der gesamten Gesellschaft. Diesen Prozess müssen wir stoppen: EU-Verträge müssen eingehalten werden und das Recht auf Asyl muss wieder gelten in Österreich.

Genug ist genug

- Wir fordern ein unverzügliches Ende der Abschiebungen
- Faire Asylverfahren: individuelle Prüfung der Asylanträge statt pauschale Ablehnung (Textbausteine)
- Ein Bleiberecht, das diesen Namen verdient
- Schluss mit der Diskriminierung einer gehetzten Volksgruppe: die EU darf den Rassisten und Fremdenfeinden keinen Millimeter Raum geben.
- Beendigung der rassistischen Hetze. Es gibt nur eine Rasse auf dieser Welt: das ist die menschliche Rasse.

Wir wollen vor allem eines nicht: dass auf dem Rücken der Roma Politik gemacht wird und sie so zu Sündenböcken für das Versagen einer Sozialpolitik gemacht werden.

Die Geschichte darf sich nicht wiederholen.

Daher schauen wir nicht weg sondern sagen: HIERGEBLIEBEN!